

Mitte

»Es geht ums Geld für gute Arbeit«

TARIFRUNDE In der Metall- und Elektroindustrie hat eine tabellenwirksame Entgelterhöhung Vorrang. Ein Selbstläufer werden die Verhandlungen nicht.

Trotz Corona, Russlandsanktionen, gestörten Lieferketten und Inflation sind die Auftragsbücher voll. Viele Unternehmen, beispielsweise die Automobilhersteller, haben Rekordgewinne eingefahren und Dividenden ausgeschüttet. »Von dieser positiven wirtschaftlichen Lage wollen auch die Beschäftigten profitieren«, sagt Bezirksleiter Jörg Köhlinger. »Priorität hat für die IG Metall ein höheres, tabellenwirksames Entgelt. Es geht ums Geld für gute Arbeit.« Verzicht ist keine Option, stellt Köhlinger klar. Dafür sind die Belastungen für die Beschäftigten durch Pandemie und Inflation zu hoch. Ein Selbstläufer werde die Tarifrunde nicht, warnt Köhlinger. Die Arbeitgeber hätten schon deutlich gemacht, dass jetzt der falsche Zeitpunkt für Entgelterhöhungen sei.

TARIFFAHRPLAN

Metall/Elektro:

- 30. Juni: Entscheidung der Tarifkommissionen des Bezirks Mitte über die Forderung
- 11. Juli: Beschluss des Vorstands der IG Metall über die Tarifforderung
- September: erste Verhandlung mit der Mittelgruppe und dem Arbeitgeberverband in Thüringen
- 30. September: Entgelttarifverträge laufen aus
- 28. Oktober: Ende der Friedenspflicht

Stahlindustrie:

Tarifverträge laufen am 31. August aus.



Foto: Bernd Rötgers

Solidarität: In der Metall- und Elektroindustrie steht eine schwierige Tarifrunde bevor.

Es sei jedoch illusorisch zu glauben, in den anstehenden Tarifverhandlungen eine hohe Inflationsrate, die derzeit mehr als sieben Prozent beträgt, auszugleichen und zusätzlich eine Entgeltsteigerung zu erstreiten, sagt Köhlinger. Aufgabe der Politik ist es deshalb, beschäftigtenorientierte und flankierende Maßnahmen gegen die Inflation zu ergreifen. Die Entlastungspakete reichen nicht aus. »Der Gas- und Strompreis muss gedeckelt, Spekulationsgewinne müssen abgeschöpft werden.« Zur Finanzierung des Entlastungspaketes müssen die Superreichen und Krisengewinner stärker herangezogen werden. In Deutschland sind die Geldvermögen seit 2019 um mehr als 1000 Milliarden gestiegen – auf 7617 Milliarden Euro im vergangenen Jahr.

Die IG Metall steht vor großen Herausforderungen. Sie muss den Umbau der industriellen Produktion fair und nachhaltig gestalten und gute tarifliche Regelungen in der Fläche durchsetzen. Erfolg wird sie dabei nur haben, wenn genügend Druck erzeugt wird, um mit

dem Abschluss nahe an die Forderung zu kommen. Köhlinger sagt: »Gelingen kann das, wenn die IG Metall streitbar und kompromissfähig bleibt und ihre Verankerung in den Betrieben weiter ausbaut. Nur so kommen wir solidarisch in die Offensive.«

Die Transformation wurde durch den Krieg in der Ukraine zwar aus den Schlagzeilen verdrängt, doch verläuft sie deutlich dynamischer als noch vor wenigen Monaten. Der Umstieg in eine dekarbonisierte Wirtschaft erfordert eine gesamtgesellschaftliche Kraftanstrengung, bei der auch der Staat gefragt ist, der mehr investieren muss – in die Infrastruktur, in die Ausbildung und in die Flankierung des digitalen und batterieelektrischen Umbaus der Mobilität.

Bei diesem Umbau müssen die Belegschaften auf Augenhöhe beteiligt werden. Dazu ist der Ausbau der Mitbestimmung notwendig und ein zeitgemäßes Betriebsverfassungsgesetz. Wenn die Bundesregierung, wie sie selbst erklärt hat, »mehr Fortschritt

wagen« will, dann heißt das auch: »mehr Demokratie wagen«. Konkret bedeutet das aus Sicht der IG Metall: die Abschaffung des Doppelstimmrechts des Aufsichtsratsvorsitzenden von Aktiengesellschaften und Mitbestimmung der Betriebsräte bei strategischen Entscheidungen.

Im Bezirk Mitte ist das Saarland besonders von der Transformation betroffen. Nach einem unwürdigen und brutalen Bieterwettbewerb hat die Konzernspitze von Ford entschieden, neue

Elektromodelle in Valencia und nicht in Saarlouis zu fertigen. Der Standort Saarlouis mit seinen 4600 Beschäftigten soll scheinbar abgewickelt werden. Zusammen mit dem Zulieferpark geht es um rund 6600 Arbeitsplätze, die wegfallen sollen. Bezirksleiter Köhlinger wirft Ford Wortbruch vor. „Die Beschäftigten haben in den letzten drei Jahren alles für die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Saarlouis getan. Statt sich gemeinsam mit der Belegschaft für die Standortsicherung einzusetzen, hat das

europäische Management die Hände in den Schoß gelegt. Jetzt droht eine ganze Region ins Abseits gedrängt zu werden. Dagegen werden wir uns wehren.“

Politische Flankierung ist für eine erfolgreiche Transformation zentral. Allerdings, so die Beobachtung von Jörg Köhlinger, gebe es quer durch alle Parteien unter den jüngeren Abgeordneten nur wenige, die über Erfahrungen außerhalb des Studiums und der Politik verfügten und die mit der industriellen Produktion vertraut seien. 

Angleichung Ost: 35 Stunden bei Zeiss

Tariferfolg in Thüringen: Am Zeiss-Standort in Jena sinkt bis Oktober 2024 die wöchentliche Arbeitszeit auf 35 Stunden. Damit ist für die rund 2700 Beschäftigten die Angleichung an die tarifliche Arbeitszeit in der westdeutschen Metall- und Elektroindustrie geschafft. Derzeit beträgt die tarifliche Wochenarbeitszeit in Thüringen 38 Stunden.

Der Tarifvertrag ebnet den Weg zur Arbeitszeitverkürzung in mehreren Schritten. Ab 1. Oktober 2022 steigt das monatliche Entgelt, während die Arbeitszeit gleichbleibt. Im Oktober 2023 und 2024 können die Beschäftigten dann wählen zwischen einem Aufschlag auf das Entgelt oder einer Gutschrift von jeweils einer Stunde auf ein Arbeitszeitkonto.

»Mit diesem Abschluss wird Zeiss attraktiv für Arbeitskräfte«, ist Marten Kopenhagen, Vertrauensmann und Projektmanager bei Zeiss, überzeugt. Derzeit ist die Auslastung bei Zeiss hoch, aktuell gibt es am Standort in Jena über 200 offene Stellen. In der Belegschaft trifft die Arbeitszeitverkürzung auf große Zustimmung, wie eine Befragung durch die Vertrauensleute ergab. »Die Belegschaft bringt keine Entgeltbestandteile zur Kostenkompensation ein«, sagt Bezirksleiter Jörg Köhlinger. Er ist überzeugt: »Unternehmen mit attraktiven Arbeits- und Leistungsbedingungen haben es leichter, gut ausgebildete Fachkräfte an ihr Unternehmen zu binden.«

Der Weg zu diesem Abschluss war steinig, galt es doch, das Forderungspaket des Unternehmens abzuwehren. Statt die Arbeitszeit zu verkürzen, sollte sie ausgeweitet werden, der Samstag

sollte zur Regelarbeitszeit, 24-Stunden-Schichten sollten über sieben Tage gefahren werden. »Für den Abschluss haben unsere Mitglieder bei Zeiss seit 2017 mit vielfältigen Aktionen in den Betrieben und auch in der Öffentlichkeit gestritten«, sagt Christoph Ellinghaus, Geschäftsführer der IG Metall Jena-Saalfeld. Die IG Metall im Betrieb hat gemeinsam mit den Betriebsräten den Druck schrittweise erhöht, die Beschäftigten beteiligt und eine gemeinsame Betriebsversammlung aller Betriebe in Jena organisiert, auf Grund der Pandemie teilweise im Hybridformat. Das Engagement hat sich gelohnt.

Den rechtlichen Rahmen für die Angleichung der Arbeitszeit in der Metall- und Elektroindustrie haben die IG Metall und der Verband der Metall- und Elektroindustrie in Thüringen Anfang dieses Jahres geschaffen.

DGB-Delegierte verurteilen Krieg gegen die Ukraine

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften verurteilen den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine. Einen Antrag dazu haben die Delegierten des 22. Ordentlichen DGB-Bundeskongresses vom 8. bis 12. Mai in Berlin verabschiedet.

Die Delegierten fordern darin die russische Regierung auf, alle Kampfhandlungen sofort einzustellen, die Truppen zurückzuziehen und die territoriale Integrität und Souveränität der Ukraine wiederherzustellen.

Die internationale Staatengemeinschaft müsse ihre Unterstützung der Ukraine fortsetzen, zugleich auch nach diplomatischen Lösungen suchen für einen sofortigen Waffenstillstand und für die Beendigung des Krieges, heißt es in dem Antrag. Die Delegierten sehen Deutschland, die EU und die NATO in der Pflicht, die Ukraine umfassend zu unterstützen und deren Fähigkeit zur Selbstverteidigung zu stärken.

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten auf, die Grenzen weiterhin für alle Geflüchteten

aus der Ukraine offenzuhalten. Zudem sollten Geflüchtete stabile, sichere Aufenthalts- und Teilhabeperspektiven bekommen.

bundeskongress.dgb.de/antraege
(Beschluss Initiativantrag I001)

Impressum

Redaktion: Jörg Köhlinger (verantwortlich), Uwe Stoffregen
Anschrift: IG Metall Mitte, Wilhelm-Leuschner-Straße 93, 60329 Frankfurt
Telefon: 069 66 93-3300, Fax: 069 66 93-3314
bezirk.mitte@igmetall.de
igmetall-bezirk-mitte.de